

Was einen 21-Jährigen an der Politik am meisten nervt: Vincent Rombach redet Klartext

ZVW



Vincent Rombach (21) aus Urbach wünscht sich viel mehr Einsatz der Politik für die Belange junger Menschen. © ZVW/Gabriel Habermann

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Petra Häffner aus Schorndorf hat sich in einem Interview am 17. August in dieser Zeitung für die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs für Heranwachsende ausgesprochen. [Die Schülerin Jona Dörr \(17\) aus Schwaikheim](#), die sich auf vielfältige Weise für die Gesellschaft engagiert, wandte sich daraufhin erneut in einem leidenschaftlichen Gastbeitrag gegen eine Verpflichtung für ein soziales Jahr.

Nun schaltet sich Vincent Rombach aus Urbach in die Debatte ein. Er hat selbst einen Freiwilligendienst an einer Schule in Frankreich absolviert und studiert jetzt in Freiburg Philosophie und Psychologie. Der 21-Jährige war bei der jüngsten Kreistagswahl für die Grünen aufgestellt, arbeitet zurzeit als Praktikant beim Zeitungsverlag Waiblingen – und spürt deutliche Defizite, was den Einsatz der Politik für die Belange junger Menschen angeht. Sein Meinungsbeitrag:

Die Beziehung der Regierenden dieses Landes zum jüngeren Teil der Bevölkerung ist, nun ja, kompliziert. Im November letzten Jahres schlug Ministerpräsident Winnfried Kretschmann Studierenden der Universität Heidelberg vor, ihre Situation im Corona-Lockdown mit der anderer Menschen zu vergleichen. Dann würden sie sehen, dass es keinen Grund dafür gäbe, depressiv zu sein. Ein Schlag ins Gesicht für Studierende, die in Lockdown-Zeiten massenhaft ihre Nebenjobs verloren haben und nicht mehr wussten, wie sie ihre Miete bezahlen sollen.

Worauf genau spielte der Bundeskanzler an?

Olaf Scholz erinnerte Klimaaktivisten auf dem Katholikentag im Mai diesen Jahres „an eine Zeit, die lange zurückliegt“. Ob er damit auf SA-Kampftruppen aus der Nazi-Zeit anspielte oder auf Studentengruppen aus den 1970er Jahren, konnte nicht abschließend geklärt werden - unglücklich war die Wortwahl allemal.

Nun bringt Frank-Walter Steinmeier auch noch ein soziales Pflichtjahr ins Gespräch. Und weitere Politikerinnen und Politiker, wie auch die grüne Landtagsabgeordnete Petra Häffner, folgen ihm nach.

Mir geht es nicht darum, einen Freiwilligendienst grundsätzlich abzulehnen, im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass man während dieser Zeit wertvolle zwischenmenschliche Erfahrungen sammeln und wichtige Erkenntnisse für sein späteres Berufsleben mitnehmen kann. Nur führt diese Argumentation am Kern der Problematik vorbei, da man durch ein soziales Pflichtjahr vielleicht die schwerwiegendsten Auswirkungen des Pflegenotstands auffangen kann, dem Arbeitsmarkt aber eben auch händeringend gesuchte Fachkräfte entzieht. Zudem sollen die jungen Menschen mit einem Taschengeld abgespeist werden.

Das muss klingen wie blanker Hohn

Auch Petra Häffner will sich nicht mit einem möglichen Mindestlohn für das soziale Pflichtjahr beschäftigen, weil sie zunächst über die Rolle des Einzelnen in der Gesellschaft sprechen will. Für sie ist das soziale Pflichtjahr eine Frage davon, ob Jugendliche nur vom Staat versorgt und verwöhnt werden, oder ob sie dem Staat auch etwas zurückgeben wollen. Für Jugendliche, die seit Monaten auf einen Therapie-Platz warten, muss das klingen wie blanker Hohn.

Wenn Frau Häffner eine Debatte über das Verhältnis der Jugendlichen zum Staat führen will, [dann würde ich gerne zunächst über die katastrophale Bildungspolitik der letzten Jahre sprechen](#), bei der das geringste Problem war, dass sich Schüler während der Corona-Zeit nicht die Hände waschen konnten, weil es auf Schultoiletten schlicht keine Seife mehr gab. Oder darüber, dass in Deutschland jedes fünfte Kind in Armut lebt. Bei dieser Debatte wird die Frage der sozialen Gerechtigkeit einfach ausgeklammert: Die durchschnittliche Abiturientin aus einem Mittelschicht-Haushalt kann sich ein unbezahltes soziales Pflichtjahr vielleicht leisten – bei Jugendlichen aus prekären familiären Verhältnissen, die sich eventuell auch noch um Angehörige kümmern müssen, sieht das ganz anders aus.

Im Vergleich machtlos: die Lobby junger Menschen

Die Politik der letzten Jahre zeugt von einer Ingoranz und einer mangelnden Fähigkeit, sich in die Lage junger Menschen hineinzusetzen. Um zu verstehen, wie machtlos die Lobby junger Menschen [im Vergleich zu anderen Teilen der Bevölkerung ist](#), muss man sich nur die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 anschauen und die Beiträge zur Rentenpolitik mit denen zur Bildungspolitik vergleichen.

Die Zukunftsaussichten und Probleme, mit denen sich junge Menschen heutzutage auseinandersetzen müssen, sind fundamental anders als die der Generationen vor uns: Laut dem Klima-Experten Volker Quaschnig [werden in menscheitsgeschichtlich gesehen naher Zukunft weite Teile des Planeten unbewohnbar sein](#). Die Bundesregierung, in der auch die Partei von Petra Häffner vertreten ist, schafft es dagegen nicht einmal, [ein Tempolimit auf Autobahnen durchzusetzen](#).

Vielleicht ist es auch für die Politikerinnen und Politiker dieses Landes an der Zeit, die realen Probleme junger Menschen ernst zu nehmen, anstatt Debatten über ihren mangelnden Beitrag zur Gesellschaft zu führen.

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Petra Häffner aus Schorndorf hat sich in einem Interview am 17. August in dieser Zeitung für die Einführung eines sozialen Pflichtjahrs für Heranwachsende ausgesprochen. [Die Schülerin Jona Dörr \(17\) aus Schwaikheim](#), die sich auf vielfältige Weise für die Gesellschaft engagiert, wandte sich daraufhin erneut in einem leidenschaftlichen Gastbeitrag gegen eine Verpflichtung für ein soziales Jahr.

Nun schaltet sich Vincent Rombach aus Urbach in die Debatte ein. Er hat selbst einen Freiwilligendienst an einer Schule in Frankreich absolviert und studiert jetzt in Freiburg Philosophie und Psychologie. Der 21-Jährige war bei der jüngsten Kreistagswahl für die Grünen aufgestellt, arbeitet zurzeit als Praktikant beim Zeitungsverlag Waiblingen – und spürt deutliche Defizite, was den Einsatz der Politik für die Belange junger Menschen angeht. Sein Meinungsbeitrag:

Die Beziehung der Regierenden dieses Landes zum jüngeren Teil der Bevölkerung ist, nun ja, kompliziert. Im November letzten Jahres schlug Ministerpräsident Winnfried Kretschmann Studierenden der Universität Heidelberg vor, ihre Situation im Corona-Lockdown mit der anderer Menschen zu vergleichen. Dann würden sie sehen, dass es keinen Grund dafür gäbe, depressiv zu sein. Ein Schlag ins Gesicht für Studierende, die in Lockdown-Zeiten massenhaft ihre Nebenjobs verloren haben und nicht mehr wussten, wie sie ihre Miete bezahlen sollen.

Worauf genau spielte der Bundeskanzler an?

Olaf Scholz erinnerte Klimaaktivisten auf dem Katholikentag im Mai diesen Jahres „an eine Zeit, die lange zurückliegt“. Ob er damit auf SA-Kampftruppen aus der Nazi-Zeit anspielte oder auf Studentengruppen aus den 1970er Jahren, konnte nicht abschließend geklärt werden - unglücklich war die Wortwahl allemal.

Nun bringt Frank-Walter Steinmeier auch noch ein soziales Pflichtjahr ins Gespräch. Und weitere Politikerinnen und Politiker, wie auch die grüne Landtagsabgeordnete Petra Häffner, folgen ihm nach.

Mir geht es nicht darum, einen Freiwilligendienst grundsätzlich abzulehnen, im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass man während dieser Zeit wertvolle zwischenmenschliche Erfahrungen sammeln und wichtige Erkenntnisse für sein späteres Berufsleben mitnehmen kann. Nur führt diese Argumentation am Kern der Problematik vorbei, da man durch ein soziales Pflichtjahr vielleicht die schwerwiegendsten Auswirkungen des Pflegenotstands auffangen kann, dem Arbeitsmarkt aber eben auch händeringend gesuchte Fachkräfte entzieht. Zudem sollen die jungen Menschen mit einem Taschengeld abgespeist werden.

Das muss klingen wie blanker Hohn

Auch Petra Häffner will sich nicht mit einem möglichen Mindestlohn für das soziale Pflichtjahr beschäftigen, weil sie zunächst über die Rolle des Einzelnen in der Gesellschaft sprechen will. Für sie ist das soziale Pflichtjahr eine Frage davon, ob Jugendliche nur vom Staat versorgt und verwöhnt werden, oder ob sie dem Staat auch etwas zurückgeben wollen. Für Jugendliche, die seit Monaten auf einen Therapie-Platz warten, muss das klingen wie blanker Hohn.

Wenn Frau Häffner eine Debatte über das Verhältnis der Jugendlichen zum Staat führen will, [dann würde ich gerne zunächst über die katastrophale Bildungspolitik der letzten Jahre sprechen](#), bei der das geringste Problem war, dass sich Schüler während der Corona-Zeit nicht die Hände waschen konnten, weil es auf Schultoiletten schlicht keine Seife mehr gab. Oder darüber, dass in Deutschland jedes fünfte Kind in Armut lebt. Bei dieser Debatte wird die Frage der sozialen Gerechtigkeit einfach ausgeklammert: Die durchschnittliche Abiturientin aus einem Mittelschicht-Haushalt kann sich ein unbezahltes soziales Pflichtjahr vielleicht leisten – bei Jugendlichen aus prekären familiären Verhältnissen, die sich eventuell auch noch um Angehörige kümmern müssen, sieht das ganz anders aus.

Im Vergleich machtlos: die Lobby junger Menschen

Die Politik der letzten Jahre zeugt von einer Ingoranz und einer mangelnden Fähigkeit, sich in die Lage junger Menschen hineinzusetzen. Um zu verstehen, wie machtlos die Lobby junger Menschen [im Vergleich zu anderen Teilen der Bevölkerung ist](#), muss man sich nur die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 anschauen und die Beiträge zur Rentenpolitik mit denen zur Bildungspolitik vergleichen.

Die Zukunftsaussichten und Probleme, mit denen sich junge Menschen heutzutage auseinandersetzen müssen, sind fundamental anders als die der Generationen vor uns: Laut dem Klima-Experten Volker Quaschnig [werden in menschheitsgeschichtlich gesehen naher Zukunft weite Teile des Planeten unbewohnbar sein](#). Die Bundesregierung, in der auch die Partei von Petra Häffner vertreten ist, schafft es dagegen nicht einmal, [ein Tempolimit auf Autobahnen durchzusetzen](#).

Vielleicht ist es auch für die Politikerinnen und Politiker dieses Landes an der Zeit, die realen Probleme junger Menschen ernst zu nehmen, anstatt Debatten über ihren mangelnden Beitrag zur Gesellschaft zu führen.